

.....

Name	Straße	Ort	Kolleggruppe
------	--------	-----	--------------

.....

Lektion 1: Versailler Vertrag und Völkerbund

Rede des Außenministers Hermann Müller vor dem Deutschen Reichstag nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages:

(...) Als das Staatswesen, welches das freieste Wahlrecht der Welt eingeführt hat, als das Staatswesen, das als weitgehendsten die Frauen als voll gleichberechtigte Staatsbürgerinnen am öffentlichen Leben beteiligt, als das Staatswesen, das die Forderungen der internationalen organisierten Arbeiterklassen, (...), zu seinem Programm erhoben hat, treten wir in die neue Zeit ein, die, wie unsere bisherigen Feinde versichern, nach diesem Kriege anbrechen soll. Durch den härtesten Frieden gefesselt, der seit Einführung der christlichen Zeitrechnung je einem Volke auferlegt wurde, müssen wir dennoch versuchen, auf den freiheitlichen Bahnen vorwärts zu schreiten. Nur so können wir moralische Eroberungen in der Welt machen. (...) Die Welt soll sich davon überzeugen, dass der Verlust von 2 Millionen Toten, die dieser Krieg Deutschland gekostet hat, in dem deutschen Volke die Überzeugung gefestigt hat, dass Streitigkeiten unter den Völkern nicht mehr mit Pulver und Blei ausgefochten werden dürfen. (...) Solange es Menschen geben wird, die sich an diese Kriegsjahre erinnern werden, solange die Krüppel dieses Krieges als lebendige Wahrzeichen dieser entsetzlichen Jahre die Straßen der Dörfer und Städte bevölkern, wird es in keinem der am Kriege beteiligten Länder einem Staatsmann gelingen, das Volk wiederum in einen Krieg zu führen. (...) Als Ergebnis des Krieges ist (...) festzustellen, dass das deutsche Schwert in Zukunft als Hilfsmittel diplomatischer Kunst nicht mehr zählt. (...)

Es ist uns eine so gründliche Abrüstung auferlegt, dass es zweifelhaft ist, ob sie selbst im Interesse der Sieger liegt. (...)

Aber diese Abrüstung ist zunächst nur uns und unseren früheren Verbündeten diktiert. Zu einem Segen für die ganze Welt wird die Abrüstung erst dann werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam auferlegt sein wird. (...)

Die Erreichung dieses letzten Zieles zu fördern, muss unsere Aufgabe sein. Wir werden dieser Aufgabe am besten gerecht, wenn wir (...) schon unsere Jugend dazu erziehen, dass in Zukunft nicht das Schwert, sondern nur das Recht über die Beziehungen der Völker untereinander zu entscheiden hat. Die Seele unserer Jugend soll nicht durch Hassgesänge vergiftet werden. (...) Den neuen Geist des Rechtes zu pflegen, sind wir aber auch den Millionen Deutschen schuldig,

die infolge dieses Krieges unter fremde Herrschaft kommen und deren Verlangen nach kultureller Autonomie und nach Schutz für die deutschen Minderheiten um so sicherer erfüllt werden wird, je mehr die Welt sich davon überzeugt, dass das deutsche Volk ein friedliches Volk ist (...). Je mehr wir zeigen, dass es dem deutschen Volke mit dem Gedanken des ewigen Friedens, für den sich bereits vor mehr als hundert Jahren Kant eingesetzt hat, heiliger Ernst ist, desto leichter machen wir es den von unserem Volkskörper losgerissenen Deutschen, ihr Deutschtum auch unter fremder Flagge rein zu bewahren. (...) Das belgische Volk hat nicht vergessen, dass es ein Opfer des deutschen Einmarsches wurde. Wir dürfen uns darüber nicht wundern, wir haben seit Kriegsbeginn bitter erfahren müssen, wie uns die Verletzung der belgischen Neutralität die Sympathie der ganzen Welt geraubt hat. (...) Wenn wir jetzt daran gehen, durch werktätige Opfer Wiedergutmachung zu üben, so wird damit auch der Weg zur Verständigung mit dem belgischen Nachbarvolke allmählich geebnet werden, das in diesem Kriege unschuldiger gelitten hat als irgend ein anderes Volk. (...)

Der Krieg erschüttert die Seele eines Volkes um so mehr, je mehr es von ihm mitgenommen wurde. Kein Volk aber hat verhältnismäßig so viel Tote verloren, so viel Verwüstungen erlebt und so viel Opfer bringen müssen als das französische Volk. Zeigen wir deshalb Verständnis für die derzeitige Mentalität dieses Volkes. Zeigen wir, dass wir bereit sind, mit allen Kräften am Wiederaufbau in den verwüsteten Gegenden mitzuwirken, so wie wir das feierlich versprochen haben. Die Vorbesprechungen über den Wiederaufbau Nordfrankreichs haben bereits begonnen. Ich appelliere an die deutschen Arbeiter, an die deutschen Techniker und Architekten, dass sie sich bereit halten, wenn der Ruf an sie ergeht, aus den trostlosen Ruinen jener Gegenden wieder blühendes Leben erstehen zu lassen. (...) Die Wiederaufrichtung Polens und seine Erstreckung auch auf Gebiete des bisherigen Deutschen Reichs ist die wichtigste Veränderung im nahen Osten. (...) Der Versailler Vertrag hat uns nach Osten nicht die Grenzen gebracht, die uns werden mussten, wenn der Wille der Bevölkerung (...) entscheidend gewesen wäre. (...) Der Übergang der abzutretenden Gebiete in polnische Hand soll sich ohne Reibungen und Gewalttätigkeiten vollziehen. Die Regierung wird namentlich versuchen, für die an Polen fallenden Deutschen einen zuverlässigen Schutz der Minderheiten zu erwirken, damit der kulturelle Zusammenhang jener Deutschen mit der alten Heimat auch dann gewahrt wird, wenn sie loyale Bürger des neuen Staatswesens geworden sind.

Nationalversammlung, 64. Sitzung, 23. Juli 1919. Sitzungsprotokolle, S. 1852ff.

Der Historiker Golo Mann über den Versailler Vertrag:

Der Friedensvertrag war ein Unglück; zu verstehen – von Entschuldigungen ist hier nicht die Rede – nur dadurch, dass aus Unglück meist neues Unglück kommt, dass die Männer, welche den Krieg geführt hatten, und so geführt hatten, sich nicht jetzt in Männer eines guten Friedens verwandeln konnten. Wilson, der Amerikaner, wollte die Kette des Bösen abbrechen und überall Recht machen, wo bisher Unrecht gewesen war. Das gelang ihm nicht. Recht hätte man nur dann machen können, wenn alle beteiligten Staaten, Völker, Menschen gerecht gewesen wären. (...) Solange sie es nicht waren (...) konnte es im besten Fall praktische Lösungen geben, vor

sichtige Kompromisse zwischen Macht und Macht, zwischen den Wünschen der Schwächeren und den historisch gewordenen harten Tatsachen; aber kein „Recht“. (...)

Wilson vertrat das naive, junge, kraftgeschwellte Amerika, für das der Krieg nur ein Spaß gewesen war. Clemenceau vertrat das ausgeblutete, todtraurige Frankreich. Ihm die Machtposition zu erhalten, die es durch so entsetzliche Opfer erworben hatte, aber auf die Dauer, ohne die Hilfe seines Bundesgenossen, unmöglich würde halten können, durch hundert ausgeklügelte böse Tricks sie ihm möglichst lange zu sichern, war der all und eine Gedanke des alten Mannes, der 1918 nicht und nicht einmal 1871 vergessen konnte; denn er war schon damals dabei gewesen. Das Produkt dieser sich streitenden Willensmeinungen war widerwärtig; ein dichtmaschiges Netz von Bestimmungen, das „gerecht“ sein sollte und es in vielen Einzelheiten unbestreitbar war, das Ungerechte, von Bosheit, Hass und Übermut Inspirierte aber einließ, wo es nur unter irgendeinem Vorwand geschehen konnte, und zwar in dem Maße, dass das Ganze, aller einzelnen Gerechtigkeit ungeachtet, dann doch als ein ungeheures Instrument zur Unterdrückung, Ausräuberung und dauernden Beleidigung Deutschlands erschien. (...) Volksabstimmungen sollten stattfinden, wo immer sich vielleicht eine Mehrheit fand, die bei Deutschland nicht bleiben wollte; in Oberschlesien, in Teilen Ostpreußens. In Ländern dagegen, welche nicht zu Deutschland gehörten und deren Einwohner sich jetzt in ihrer Mehrzahl wahrscheinlich Deutschland anzuschließen wünschten, in Österreich, in Nordböhmen, durften keine Volksabstimmungen stattfinden. Der neue Rechtsbegriff – dass die Völker selber über sich bestimmen sollten – wurde eingesetzt, wo er Deutschland schaden konnte, anders nicht; (...)

Ein amerikanischer Journalist, der die Pariser Verhandlungen beobachtete, schrieb: „Wir werden einen Völkerbund haben, schwach, missgestalt, großem Unrecht zugänglich; und so schwanger mit neuen Kriegen wird der Friede sein.“

Golo Mann: Geschichte des XX. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 1957, S. 184ff.

Ernst von Weizsäcker war als junger Diplomat beim Völkerbund in Genf akkreditiert. Über diese Weltvereinigung urteilt er:

Der Völkerbund rühmte sich (...) seiner Rolle als Friedensbewahrer. (...) In Sachen zweiter Ordnung gelang mancher Ausgleich (...); in vitalen Fragen aber blieb der Bund ohnmächtig. Er hat keinen Konflikt verhindert, der nicht durch das vorhandene Übergewicht der Entente von selbst ausgeschaltet war. Im Krieg zwischen Bolivien und Paraguay spielte er eine fast lächerliche Rolle. Im japanisch-chinesischen Konflikt gelang es ihm lediglich, Japan aus dem Bund hinauszudrängen. Den italienisch-abessinischen Krieg hat er nicht verhindert; mit der missglückten Anwendung des Sanktionsverfahrens hat er dabei noch weiter an Achtung eingebüßt. Zum Zweiten Weltkrieg hat er durch den Fehlschlag der Abrüstungskonferenz zu seinem Teil selbst beigetragen. Im Jahr 1939 war er zu einem Phantom geworden, und niemand kam im August 1939 auch nur auf den Gedanken, durch den Genfer Völkerbund die Katastrophe abzuwenden.

Verglichen mit den Vorstellungen und Hoffnungen, die ich mir 1919 von einem Völkerbund gemacht hatte, war dieses Ereignis tief betrüblich. (...)

Ein nach Überstaatlichkeit und Universalität strebender Bund – im großen also und auf höherer Ebene ein Staatenbund wie etwa derjenige, welcher 1871–1918 die Bundesstaaten im Deutschen Reich zusammenschloss, oder wie z. B. die schweizerische Eidgenossenschaft – ein solcher Bund ist nur lebensfähig, wenn er die Interessen aller seiner Mitglieder fördert und nicht einzelne in dauernder Inferiorität halten will. Ein neuer allgemeiner Völkerbund wird sich entweder auf Ausgleich und Gerechtigkeit gründen, d. h. auf einen vernünftigen Frieden, oder er scheitert wie der erste.

Ich (...) habe auch versucht, einer solchen Betrachtung in der Gründerzeit der UNO 1944–45 Gehör zu verschaffen. Die Verfassung und die Praxis der UNO sehen aber anders aus.

Ernst von Weizsäcker: Erinnerungen. Leipzig, Freiburg 1950, S. 85 u. 95.

Aufgaben

- 1.1** Der Außenminister des besiegten Deutschlands spricht aus dem Bewusstsein, einen wahrhaft demokratischen, der Anerkennung durch die Völkergemeinschaft würdigen Staat zu repräsentieren. Woraus geht das hervor?
- 1.2** Erscheint Ihnen das Urteil des Historikers Golo Mann gerecht?
- 1.3** Wie wirkten Ernst von Weizäckers Genfer Erfahrungen sich auf seine Meinung über die Wirksamkeit supranationaler Friedensgemeinschaften aus?

Lektion 2: Die Deutschen und das Dritte Reich aus der Sicht Dreier Beobachter

Emil Franzel über den Terror im Dritten Reich:

Terror (ist) ein „Zustand“, der sich lähmend verbreitet, wenn erst die Kunde von den Gefahren, die jeden einzelnen bedrohen und gegen die es kein Rechtsmittel und keinen Schutz gibt, in weitere Kreise gedrungen ist. Zwar mussten die aus den Lagern entlassenen Verfolgten feierlich schwören, dass sie kein Wort über ihre Erlebnisse verraten würden, und da sie nur zu gut wussten, was ihnen drohte, hielten sie sich auch an das Versprechen. Aber gerade das Schweigeverbot bestätigte ja die schlimmsten Gerüchte, die umgingen. Über die Frage, wie viel die Masse des Volkes wusste, ob die Gräueltaten in den Gestapogefängnissen und in den Konzentrationslagern nur einer kleinen Minderheit oder einer großen Zahl von Menschen bekannt waren, ob die Nation von der Judenvernichtung etwas erfahren hatte oder ob die SS die Schinderhütten hermetisch gegen die Außenwelt abschloss, ist immer wieder diskutiert worden. Vielleicht stellt man die Frage falsch. Auch wer etwas davon erfuhr, konnte es nicht ändern. Und das hat zahlreiche latente Gegner des Regimes (...) veranlasst, die Gerüchte und Nachrichten über die Schreckensherrschaft nicht zu glauben. Auch heute noch ist es oft die erste Reaktion vieler Zeitgenossen, selbst die gerichtlich erwiesenen Gräueltaten als Erfindung und Verleumdung abzutun. Diese gewiss schäbige Haltung entspringt nun einmal der Schwäche des menschlichen Charakters. Andere verhielten sich wie Kinder, die bei einem sie erschreckenden Bild die Augen schließen und sich die Ohren zuhalten, wenn sie etwas nicht hören wollen. Es werde ihnen übel, sie könnten und wollten das nicht hören, erklärte diese Art von Zeugen. Hier liegt vielleicht die eigentliche moralische Schuld großer Teile der Nation: sie stimmten nicht zu, die waren dagegen, aber weil sie es nicht ändern konnten, flüchteten sie sich in den Schein des Nichtwissens. Eines darf man zur Ehre der Massen sagen, die abseits standen, noch immer an den Führermythos glaubten („Der Führer weiß das nicht ...“) und alles, was ihnen über Gräueltaten und Morde zu Ohren kam, als unglaublich von sich wiesen: die Herrschenden selbst wagten nicht, dem Volk mitzuteilen, was hinter den elektrisch geladenen Drahtzäunen, den Gefängnismauern und in den Gaskammern vor sich ging.

Emil Franzel: Das Reich der braunen Jakobiner. Der Nationalsozialismus als geschichtliche Erscheinung. München 1964, S. 2125f.

Der zwischen 1935 und 1941 in Berlin als Korrespondent der Chicago Tribune tätige amerikanische Journalist William L. Shirer über die Deutschen und ihr Verhältnis zum NS-Regime:

Der Rundfunk wurde das bei weitem wirksamste Propagandamittel des Regimes und trug mehr als irgendein anderes Instrument dazu bei, das deutsche Volk nach Hitlers Willen zu formen. Ich selbst sollte erfahren, wie leicht man in einem totalitären Staat von den Lügen einer zensurierten Presse und eines gelenkten Rundfunks eingefangen werden kann. Obwohl ich, im Gegensatz zu den meisten Deutschen, täglich ausländische Zeitungen (...) erhielt, (...) und obwohl ich regelmäßig die BBC und andere ausländische Sender hörte, musste ich beruflich viele Stun-

den des Tages mit der Durchsicht deutscher Zeitungen und dem Abhören deutscher Sender verbringen (...). Zu meiner Überraschung, ja mitunter Bestürzung, stellte ich fest, dass man trotz der, wie in meinem Fall, gebotenen Möglichkeiten, sich über die Tatsachen ins Bild setzen und trotz des einem innewohnenden Misstrauens gegen Informationen aus NS-Quellen, bis zu gewissem Grade unter dem Einfluss der ständigen jahrelangen Fütterung mit Verdrehungen und Entstellungen stand und sich oft irreführen ließ. Wer nicht viele Jahre in einem totalitär regierten Lande gelebt hat, kann sich unmöglich vorstellen, wie schwer es ist, sich den schrecklichen Wirkungen einer wohlberechneten, unaufhörlichen Propaganda zu entziehen. In deutschen Privathäusern oder in Ämtern oder auch im Restaurant oder Café bei Zufallsgesprächen mit Unbekannten stieß ich häufig selbst bei offensichtlich gebildeten und intelligenten Menschen auf die ausgefallensten Behauptungen. Es war klar, dass sie irgendeinen Unsinn, den sie im Rundfunk gehört oder in der Zeitung gelesen hatten, einfach nachplapperten. Manchmal geriet man in Versuchung, ihnen das zu sagen, und wenn man es tat, begegnete man einem so starren, ungläubigen Blick oder einem so entsetzten Schweigen, als hätte man Gott gelästert. Man wurde sich dann bewusst, wie sinnlos auch nur der Versuch war, in geistigen Kontakt mit Menschen zu treten, die verbohrt waren und für die Tatsachen sich zu dem abgewandelt hatten, was Hitler und Goebbels, diese zynischen Verächter der Wahrheit, daraus gemacht hatten.

William L. Shirer: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches. München 1970, Bd. 1, S. 281f.

Ralph Giordano über die Schule im Dritten Reich:

Es ereignete sich Anfang 1940.

Lateinlehrer Dr. C. (...) hatte den Überfall auf Polen im September 1939 mitgemacht, war dann aber bald aufs Johanneum zurückgekehrt.

Nun ließ er uns eines Tages wissen, wie er dort im Osten aufgeräumt hatte, (...) da es nach seinen Schilderungen keinen Zweifel geben konnte, dass die Opfer keine Möglichkeit zur Gegenwehr hatten: „Wir hielten mit unseren Maschinenpistolen darauf – und da sind die Pollacken gepurzelt wie die Hasen ...“

Es sind jetzt über vierzig Jahre her seit damals, aber ich habe diesen Satz immer noch im Ohr, ich kann ihn nicht vergessen. Das also sagte an einem humanistischen Gymnasium, vor Sechzehnjährigen der Lateinlehrer und Parteigenosse C. Ich erinnere mich an keinerlei Folgen oder Diskussionen unter uns. Ein heutiger Schüler mag sich überlegen, welche Reaktion solch mörderischer Zynismus nach sich zöge, würde er laut in der Schule geäußert.

Schule im Dritten Reich – Erziehung zum Tod. München 1983, S. 79

Aufgabe

- 2.1 Stellen Sie aus den hier gegebenen Informationen die Motive zusammen, auf denen die blinde Gefolgschaft der meisten Deutschen zu ihrem Führer und seinem Regime basierte.

Lektion 3: Das geteilte Deutschland im Spannungsfeld des Ost-West-Konfliktes

Deutschland-Kommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz vom 19. September 1950:

(...) Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, dass ihre Streitkräfte in Deutschland außer ihren Besatzungsaufgaben noch die wichtige Rolle zu übernehmen haben, als Sicherheitstruppen zum Schutz und zur Verteidigung der freien Welt, einschließlich der Deutschen Bundesrepublik und der Westsektoren Berlins zu dienen ... Sie werden jeglichen Angriff auf die Bundesrepublik oder Berlin, von welcher Seite er auch kommen mag, als einen Angriff auf sich selbst betrachten ... Die Minister haben jedoch (...) die in Deutschland und außerhalb geäußerten Ansichten zur Kenntnis genommen, die für eine deutsche Beteiligung an einer internationalen Streitmacht zur Verteidigung der Freiheit Europas plädierten ...

Die Stalin-Note vom 10. März 1952 an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA bezeichnete die Tatsache, dass ein Friedensvertrag noch ausstehe, als unnormal und knüpft daran ihre Forderungen:

Um diesen unnormalen Zustand zu beseitigen, wendet sich die Sowjetregierung, die das Schreiben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der an die vier Mächte gerichteten Bitte um Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland unterstützt, ihrerseits an die Regierung der Vereinigten Staaten und an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mit dem Vorschlag, unverzüglich die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erwägen, damit in nächster Zeit ein vereinbarter Friedensvertragsentwurf vorbereitet und einer entsprechenden internationalen Konferenz unter Beteiligung aller interessierten Staaten zur Prüfung vorgelegt wird.

Es versteht sich, dass ein solcher Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden muss. Hieraus folgt, dass die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich, die in Deutschland Kontrollfunktionen ausüben, auch die Frage der Bedingungen prüfen müssen, die die schnellste Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung fördern. Um die Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages zu erleichtern, legt die Sowjetregierung ihrerseits den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs den beigefügten Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung vor. (...)

Politische Leitsätze

1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln.
2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländische Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.

3. (...)
4. In Deutschland muss den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse und Publikationsfreiheit zu genießen.
5. Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.

Eberhard Jäckel (Hrsg.): Die deutsche Frage 1952–1956. Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte. Frankfurt am Main 1957, S. 23f.

Der Stalin-Note folgten noch weitere Vorstöße der UdSSR in der gleichen Richtung. Dazu Konrad Adenauer.

Über eines musste man sich völlig im klaren sein: Hinter den sowjetischen Aktionen stand das Ziel, die NATO zu zertrümmern, Europa auseinanderzubringen und das Wirtschaftspotential Europas in russische Hände zu bekommen, weil das die Sowjetunion zur ersten Wirtschaftsmacht der Welt machen würde, weil das ihre Position gegenüber Rotchina außerordentlich stärken und die Möglichkeit schaffen würde, gegenüber den Vereinigten Staaten durch einen Wirtschaftskrieg einen großen Erfolg zu erzielen. Wenn man sich vorstellte, dass Sowjetrußland das Wirtschaftspotential der EWG in seine Hände bekam, dann wäre es Herr der Welt. Dann könnte es sowohl den Vereinigten Staaten wie auch Rotchina zeigen, wer zu befehlen hatte und wer nicht. Dazu durfte es nicht kommen.

Konrad Adenauer: Erinnerungen 1955–1959. Stuttgart 1967, S. 481.

Aufgaben

- 3.1 Welche Absichten verfolgte die Stalin-Note, und welcher der politischen Leitsätze hätte, wäre ihm entsprochen worden, die Freiheit der Westdeutschen und die der West-Berliner gefährdet? Begründen Sie Ihre Meinung.
- 3.2 Konrad Adenauer spricht in seiner Stellungnahme zur Stalin-Note auch das russisch-chinesische Verhältnis an. Was ist das Bemerkenswerte an dieser Äußerung, wenn man ihren Zeitpunkt bedenkt?

.....

Name	Straße	Ort	Kolleggruppe
------	--------	-----	--------------

.....

Lektion 4: Wiedervereinigungsproblematik

Am 24. Juni 1960 hielt der Soziologe Ralf Dahrendorf in der Universität Hamburg einen Vortrag über die deutsche Gesellschaft in der Nachkriegszeit. Wie er die DDR sah, und welche Chancen er wenige Wochen vor dem „Mauerbau“ einer deutschen Wiedervereinigung gab, lässt sich den folgenden Kernsätzen entnehmen:

Wenn wir zunächst den nach dem Kriege sowjetisch besetzten Teil Deutschlands betrachten, so hat es den Anschein, als sei hier jene Herausforderung der Zeit des Zusammenbruchs am ernstesten genommen worden, die wir als Notwendigkeit der Bildung einer neuen Oberschicht beschrieben haben. Jedenfalls ließe sich die ganze Entwicklung der Ostzone nach dem Kriege als Entwicklung einer neuen herrschenden Klasse interpretieren, wobei ein nahezu systematischer Prozess zutage tritt, in dem sich drei aufeinanderfolgende Stufen unterscheiden lassen.

Bei Kriegsende waren in Ost- wie in Westdeutschland nur wenige „Eliten“, d.h. wenige (...) Führungsgruppen, noch relativ intakt. (...)

Völlig fehlten (...) die für die Gesellschaft unentbehrlichen wirtschaftlichen und vor allem politischen Führungsgruppen. Das erste Stadium der Entwicklung Ostdeutschlands nach dem Kriege war daher durch die Bildung einer neuen politischen Führungsschicht gekennzeichnet, (...) zunächst aus Kommunisten, Sozialdemokraten und den „bürgerlichen“ Gruppen (...).

Das zweite Stadium (...) lässt sich durch den planvollen Versuch der Vereinheitlichung der politischen Elite kennzeichnen. Dieser Prozess begann 1946 mit der Zwangsvereinigung der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei der Ostzone zur SED. Er wurde dann mit der Unterwanderung der CDU und der LDP durch kommunistische Funktionäre (...) fortgesetzt. (...)

Die dritte Stufe des Prozesses der Entwicklung einer neuen Oberschicht in Ostdeutschland bezeichnet zugleich den tiefgreifendsten Wandel der Gesellschaft: das ist die Vereinheitlichung aller gesellschaftlichen Führungsgruppen zu einer geschlossenen herrschenden Klasse. (...)

Man mag die ostzonale Oberschicht dank ihrer eklatanten Mittelmäßigkeit eher für die Karikatur einer Elite als eine wirksame Führungsgruppe halten; Tatsache bleibt, dass diese Klasse ihre Gesellschaft wirksam kontrolliert, dass sie eine vergleichsweise jugendliche Elite darstellt, und dass sie sich planmäßig durch ausgesuchte neue Mitglieder ergänzt. (...)

Es überrascht nicht, dass diese Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Sozialorganisation auch in den Werten und Normen (...) Ausdruck findet. (...) Im übrigen aber ist es kein Geheimnis, dass diese Ideologie nur als ein dünner Schleier über der Wirklichkeit der Gesellschaft liegt. Tiefer gehen andere Werte, zu denen ich vor allem die starke Betonung des „Ganzen“ gegenüber dem Einzelnen, des öffentlichen gegenüber dem privaten Wohl rechnen würde. Es muss auffallen, dass auch Flüchtlinge, die aus der Ostzone kommen, oft noch mit einem gewissen Stolz von den Errungenschaften der Gesellschaft sprechen, die sie als unerträglich verlassen haben. (...)

Der Gesellschaft ohne Vielfalt und Konkurrenz entspricht der Staat ohne Repräsentation und Opposition. Vielleicht ist es auch in der Ostzone noch richtiger, von einem teils autoritären, teils totalitären Staat zu sprechen; sicher spielt bei ihren „Bürgern“ die (autoritäre) Haltung der Teilnahmslosigkeit eine ebenso große Rolle wie die (totalitäre) der völligen Vereinnahmung durch den Staat. (...)

Es spricht manches dafür, dass es mit der Legitimität der Regierung der DDR nicht sehr weit her ist. Freie Wahlen würden die gegenwärtige Regierung ganz gewiss nicht bestätigen. Dennoch ist die im Westen gerne gepflegte Hoffnung auf eine innere Revolution in der Ostzone aus mancherlei Gründen irreführend. Sie ist prinzipiell naiv, weil die historische Erfahrung lehrt, dass Revolutionen nur eine Form des Terrors durch eine andere ersetzen. Sie ist aber auch im Hinblick auf die spezifische Situation Ostdeutschlands unsinnig, weil sich zeigen lässt, dass diese eben heute keine revolutionäre Situation mehr ist, dass also das Regime sehr viel stabiler ist als mancher gerne glauben möchte. Ich würde diese These vor allem mit vier Argumenten begründen:

1. So paradox dies klingt, so wichtig ist es zu sehen, dass die ständige Fluchtbewegung nach dem Westen sich sozial stabilisierend auf die ostdeutsche Gesellschaft auswirkt. Solange die Flucht nach Westdeutschland – die ja mindestens subjektiv keine Emigration, sondern eine Wanderung im Lande ist – möglich bleibt, kann diese bis zu einem gewissen Grade die fehlende Chance der Kritik und Opposition im Lande ersetzen. Mobilität (...) ist das Ventil, das verhindert, dass der Druck unerträglich wird. Die Regierung der DDR kann daher zu ihrer Selbsterhaltung nichts Wirksameres tun, als ihre Grenzen hinreichend offen zu halten, um eine erhebliche Fluchtbewegung zu ermöglichen.
2. Die Fluchtbewegung aus der Ostzone hat eine weitere latente Stabilisierungswirkung. Indem alle qualifizierten Kräfte der verschiedensten Bereiche (...) das Land verlassen, bleiben fast nur mittelmäßige Kräfte zurück. Der geringen Qualität und Qualifikation der politischen (und anderen) Führungsgruppen entspricht damit auch die ebenso geringe Qualität der Gruppen, die die gegenwärtigen Eliten möglicherweise ablösen könnten. Ich halte es nicht für unmöglich, dass der beharrliche Stalinismus der Ostzone sich unter anderem aus der Verlegenheit erklärt, halbwegs qualifizierte Männer zu finden, die eine alternative Politik vertreten könnten. Für eine wirksame Opposition fehlt es auch an Köpfen; und nicht nur die Revolution, sondern auch der allmähliche Wandel bedarf der Träger.
3. Die Zahl derer, die (...) an den bestehenden Verhältnissen hängen, darf nicht unterschätzt werden. Ich würde meinen, dass etwa jeder zehnte Bürger der DDR mit seiner beruflichen oder persönlichen Existenz, seinem Status oder seiner Herrschaftsposition an der gegenwärtigen Struktur dieser Gesellschaft hängt. Wenn man bedenkt, dass die aktive Öffentlichkeit

in jedem Land klein ist, so ist dies eine große Zahl, auf die das gegenwärtige Regime normalerweise bauen kann.

4. Schließlich ist es nicht zu übersehen, dass es der ostzonalen Führungsschicht gelungen ist, einen nicht unerheblichen Teil der Jugend an sich zu ketten. Einer der Mechanismen totalitärer Machtausübung liegt ja darin, der jeweils nachwachsenden Generation eine gewisse Vorzugsstellung einzuräumen und dadurch die eigene Zukunft zu zementieren.

(...) Auch die deutsche Ostzone hat ein Maß von Stabilität. Dieses mag zum Teil auf dem militärischen und politischen Gegengewicht der Sowjetunion beruhen; zum anderen Teil jedoch steht hinter der Stabilität zumindest die passive und oft fatalistische Hinnahme der bestehenden Verhältnisse durch diejenigen, die im Lande bleiben. Bedenkt man, dass der aktive Consensus der Bürger eines Staates stets nur Fiktion ist, so liegt in der dumpfen Hinnahme des Status quo möglicherweise nicht die unwirksamste Garantie der Stabilität.

Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Freiheit – Zur soziologischen Analyse der Gegenwart. München 1963, S. 305ff.

Aufgaben

- 4.1 Setzen Sie sich aus dem zeitlichen Abstand zu diesem Vortrag und nachdem Sie die eingetretenen Veränderungen kennen mit Dahrendorfs Ansichten auseinander. Was sah er richtig? Worin irrte er?

Lektion 5: Vereinigung Europas

Äußerungen Charles de Gaulles zu Frankreichs Europapolitik auf einer Pressekonferenz am 15. Mai 1962:

Frankreich will dazu beitragen, dass im Bereich der Politik, der Verteidigung und der Wirtschaft Europa geschaffen werde. (...)

In einer Welt, in der alles auf die Drohung eines allgemeinen Konfliktes hinstarrt, taucht ganz natürlich der Gedanke an ein vereintes Westeuropa auf, das genügend Kraft, genügend Mittel und genügend Zusammenhalt hat, um aus sich selbst zu existieren. Zumal die Feindschaften, die jahrhundertlang Europa zerrissen, insbesondere der Widerstreit zwischen Deutschland und Frankreich, heute nicht mehr vorhanden sind. Daraus erhellt aber sofort, dass sich die Völker in diesem Teil des alten Kontinents, das heißt die Völker Westeuropas, geographisch, strategisch, wirtschaftlich, kulturell usw. gegenseitig ergänzen. Gleichzeitig wird deutlich, welches Machtpotential, wie viel Schöpfergeist, welche Kraft der Wirtschaft und des Handelns sie im Verhältnis zur Gesamtheit des Erdkreises gemeinsam darstellen. Schließlich wird sichtbar, welche Möglichkeiten sie miteinander für die zwei Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern eröffnen können. Diese Gegebenheiten haben sechs Kontinentalstaaten veranlasst, besondere Bande untereinander zu knüpfen. (...) Nun ist in dieser Richtung mit dem Vertrag von Rom etwas geschaffen worden, was sich Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nennt; sie wurde (...) in die Tat umgesetzt. (...) Es gibt also eine Wirtschaftsorganisation, die es erlaubt, die Zollschränken zwischen den Sechs allmählich abzubauen. Das lässt sie sich noch mehr anstrengen, während gleichzeitig die Produktion der einzelnen Volkswirtschaften so gesteuert, so geregelt wird, dass der Gemeinsame Markt sie völlig planmäßig entweder selbst absorbieren oder nach draußen abgeben kann. Das ist schon etwas, das ist sogar viel, ist aber nicht alles.

In den Augen Frankreichs reicht diese wirtschaftliche Konstruktion nicht aus. (...) Westeuropa muss sich politisch konstituieren. Gelänge ihm das nicht, dann könnte sich übrigens auch die Wirtschaftsgemeinschaft auf die Dauer nicht festigen noch halten. Mit anderen Worten: Europa braucht Institutionen, die es zu einer politischen Gesamtheit werden lassen, wie es dies schon im wirtschaftlichen Bereich ist.

Frankreich hat also die Initiative ergriffen, eine solche Organisation vorzuschlagen, und wie sie wissen, kamen die sechs Staats- bzw. Regierungschefs im Februar vergangenen Jahres in Paris zusammen, um diesen Plan zu erörtern. Sie taten das dann ein zweites Mal im Juli in Bonn. (...)

Fangen wir, um uns politisch zu organisieren, mit dem Anfang an. Organisieren wir unsere Zusammenarbeit. Lassen wir die Staats- und Regierungschefs regelmäßig zusammenkommen, damit sie gemeinsam unsere Probleme prüfen und Entscheidungen treffen, die Entscheidungen Europas sind. Bilden wir eine politische Kommission, eine Verteidigungskommission und eine Kulturkommission, so wie wir schon eine Wirtschaftskommission in Brüssel haben, die die gemeinsamen Fragen prüft und die Entscheidungen der sechs Regierungen vorbereitet. Natürlich

sollen die politische und die anderen Kommissionen gemäß den Erfordernissen ihrer jeweiligen Bereiche verfahren. Außerdem sollen die jeweils zuständigen Minister tagen, so oft es nötig ist, um die vom Rat getroffenen Beschlüsse in gegenseitiger Abstimmung durchzuführen. Endlich haben wir, mit Sitz in Straßburg, eine europäische parlamentarische Versammlung aus Delegationen der sechs nationalen Parlamente. Versetzen wir diese Versammlung in die Lage, gemeinsame politische Fragen zu diskutieren.

Charles de Gaulle: Memoiren der Hoffnung – Die Wiedergeburt 1958–1962. Wien, München, Zürich 1971, S. 437ff.

Aufgabe

5.1 Sind die von de Gaulle erhobenen Forderungen erfüllt worden. Wenn ja, wie?

Lektion 6: Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Im Zentrum der NS-Ideologie stand Hitlers „Rassenfrage“, die Scheidung der Menschheit in wertvolle – die germanische – und minderwertige Rassen. Am 4. Oktober 1943 entwarf Heinrich Himmler in der „Posener Rede“ vor seinen SS-Führern das Bild der praktischen „Lösung“ dieser Frage.

(...) Ein Grundsatz muss für den SS-Mann absolut gelten: ehrlich, anständig, treu und kameradschaftlich haben wir zu Angehörigen unseres eigenen Blutes zu sein und zu sonst niemandem. Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. Das, was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir ihnen, wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen. Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur so weit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht. Ob bei dem Bau eines Panzergrabens 10 000 russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird. Wir werden niemals roh und herzlos sein, wo es nicht sein muss; das ist klar. Wir Deutschen, die wir als einzige auf der Welt eine anständige Einstellung zum Tier haben, werden ja auch zu den Menschentieren eine anständige Einstellung einnehmen, aber es ist ein Verbrechen gegen unser eigenes Blut, uns um sie Sorge zu machen und ihnen Ideale zu bringen, damit unsere Söhne und Enkel es noch schwerer haben mit ihnen. Wenn mir einer kommt und sagt: „Ich kann mit den Kindern oder den Frauen den Panzergraben nicht bauen. Das ist unmenschlich, denn dann sterben die daran“, – dann muss ich sagen: „Du bist ein Mörder an deinem eigenen Blut, denn wenn der Panzergraben nicht gebaut wird, dann sterben deutsche Soldaten, und das sind Söhne deutscher Mütter. Das ist unser Blut“. Das ist das, was ich dieser SS einimpfen möchte und – wie ich glaube – eingepflicht habe, als eines der heiligsten Gesetze der Zukunft: Unsere Sorge, unsere Pflicht, ist unser Volk, unser Blut; dafür haben wir zu sorgen und zu denken, zu arbeiten und zu kämpfen, und für nichts anderes. Alles andere kann uns gleichgültig sein. (...)

Leon Poliakov/Josef Wulf: Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze. Berlin 1955, S. 213.

Aufgabe

6.1 Untersuchen Sie, wie sich die Gesinnung auch in der Sprache zu erkennen gibt.

Name	Straße	Ort	Kolleggruppe
------	--------	-----	--------------

Lektion 7: Kalter Krieg

Der Kalte Krieg aus den Geheimakten der USA und Großbritanniens. Thesen des Buches von Rolf Steininger: *Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlin-Krise (1958-1963)*. München 2001:

Tatsachen:

Seit 1949 gab es 2,7 Mio. DDR-Flüchtlinge.

Bau der Mauer:

- Von Chruschtschow vorgeschlagen
- Von Ulbricht gefordert
- Von den Warschauer-Pakt-Staaten gebilligt

Kommentar Adenauers:

Die Zone, ein großes Gefängnis, das die Teilung Deutschlands zementiert.

Nach 1961 verloren 225 Deutsche ihr Leben, um von Deutschland-Ost nach Deutschland-West zu kommen.

Reaktionen auf den Mauerbau

Die Bundesregierung ist hilflos. Sie wartet ab und hofft auf Gegenmaßnahmen der westlichen Schutzmächte Berlins. Doch die Westmächte bleiben tatenlos. In Washington und London hatte man längst eine ostzonale Maßnahme dieser oder ähnlicher Art erwartet – der Flüchtlingsstrom konnte nur durch die östliche Macht mit Gewalt gestoppt werden.

Das Kalkül des Westens

Im Westen war man sich klar, dass die UdSSR, ihre Kriegsbeute zu sichern, Berlin und das östliche Deutschland in seiner Gänze haben musste. Weiter nach Westen vordringen, würde sie nicht. Darum verbreitete sich bei den westlichen Verbündeten der Bundesrepublik die Bereitschaft, in der 4-Sektoren-Stadt die Mauer als Friedensgrenze zu akzeptieren.

Was taten die USA zur Beruhigung Adenauers?

Sie stellten der Bundesregierung die unabsehbaren Folgen einer Eskalation des Konfliktes vor Augen (Außenminister John Foster Dulles 1959, John F. Kennedy 1961). Das war ein Appell, die Verantwortung für den Ausbruch eines Nuklearkrieges zu bedenken.

Einstellung Konrad Adenauers

Er beharrte auf der gemeinsamen Vertretungsposition des Schutzes der Bundesrepublik einschließlich des zu ihr gehörenden Westberlin durch die westlichen Alliierten mit dem zu erreichenden Endziel der Wiedervereinigung Deutschlands.

Wie weit die Allianz von Amerika und Großbritannien der UdSSR entgegenkam

Sie zeigte sich bereit, die DDR als eigenen deutschen Staat anzuerkennen. Sie akzeptierte die Errichtung einer Zugangsbehörde für den Verkehr nach Berlin unter Beteiligung der DDR. Sie erwog (der britische Premier Harold Macmillan insbesondere) die Aufgabe des Westteils von Berlin.

Im Widerstand gegen die sowjetischen Erpressungen bekam der deutsche Bundeskanzler Unterstützung durch den französischen Staatspräsidenten de Gaulle. Er beharrte auf den alliierten „Berlin-Rechten“.

Was diese Krise für die Bonner Regierung bedeutete

Das deutsch-angloamerikanische Verhältnis hatte sich abgekühlt. Erst am 26. Juni 1963 besuchte John F. Kennedy an der Seite Konrad Adenauers Westberlin. An diesem Tag das auf Deutsch vorgetragene Bekenntnis des US-Präsidenten: „Ich bin ein Berliner“. Dass bei der Konfrontation sowjetischer und amerikanischer Panzer am 27.10.1961 am Checkpoint Charlie nichts Unüberlegtes geschah, war dem Umstand zu verdanken, dass Chruschtschow und Kennedy sich geheim und privat verständigten.

Für die Westdeutschen wurde die Haltung de Gaulles in der Mauerbau-Krise zum Beginn der im September 1962 besiegelten deutsch-französischen Freundschaft.

Aufgabe

- 7.1** Der Untertitel des Buches weist den Jahren 1958 und 1963 eine Schlüsselrolle im Wechselspiel zwischen Kriegsgefahr und Entspannung zu. Was bedeuteten die Jahre zwischen 1958 und 1964 im Kalten Krieg?

Lektion 8: UN-Generalsekretäre und ihre Wirksamkeit

Sechs Jahrzehnte bewegter Geschichte der Weltorganisation spiegeln sich in den Leistungen ihrer Generalsekretäre. Zwischen 1946 und 1953 lag das Generalsekretariat der UNO in den Händen des Norwegers Trygve Lie. Von Beginn an war er mit den beiden großen Problemen der Nachkriegszeit belastet, einer durch den Ost-West-Gegensatz stets präsenten Kriegsgefahr und dem ebenfalls nirgends gewaltfrei verlaufenden Entkolonialisierungsprozess.

1953 übernahm das Amt des Generalsekretärs der Schwede Dag Hammarskjöld. Aufschlussreich ist seine realistische Beurteilung eines Generalsekretärs der Vereinten Nationen. Am 26. September 1957 bekannte er auf der Generalversammlung der UNO:

Ich glaube nicht (...), dass Mitgliedstaaten vom Generalsekretär verlangen sollten, dass er handle – wenn weder aus der Charta noch aus den Entscheidungen der hauptsächlichen Organe der Vereinten Nationen Richtlinien für sein Handeln abgeleitet werden können; innerhalb dieser Grenzen jedoch halte ich es für seine Pflicht, dass er von seinem Amt und ganz gewiss auch von der Maschinerie der Organisation so weit wie nur möglich und in dem vollen Umfang, welchen die praktischen Umstände in dem jeweiligen Stadium zulassen, Gebrauch macht. Andererseits entspricht es, so glaube ich, dem Sinn der Charta, wenn man vom Generalsekretär erwartet, dass er auch ohne solche Richtlinien handelt, sofern ihm das nötig erscheint, um irgendwelche Lücken zu füllen, welche in den der Sicherung des Friedens dienenden Systemen der Charta und der traditionellen Diplomatie auftauchen mögen.

Zitiert in: Anton Graf Knyphausen (Hrsg.): Dag Hammarskjöld – Zeichen am Weg. München 1964 S. 13ff.

Zu einem solchen Handeln aus Notwendigkeit war er wieder und wieder herausgefordert. Das Jahr 1956 brachte Europa und den Nahen Osten in akute Kriegsgefahr. Die Möglichkeiten wirksam einzugreifen, stießen auf Grenzen, aufgerichtet durch einzelstaatlichen Egoismus. Der Generalsekretär Hammarskjöld sah sich bald im Gegensatz zu den drei Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates Großbritannien, Frankreich und die UdSSR, deren ständige Verstöße gegen die Charta der Vereinten Nationen völliger Nichtachtung der Weltorganisation gleichkamen.

Als 1961 im Kongo der Bürgerkrieg ausbrach, sah Hammarskjöld sich in der Pflicht, persönlich zu intervenieren. Von seinem Flug nach Katanga kehrte er nicht zurück. Am 17. September stürzte die Sondermaschine der Vereinten Nationen beim Landeflug aus bis heute ungeklärter Ursache ab, und Hammarskjöld bezahlte seinen Einsatz mit dem Leben.

Die während des Generalsekretariats von U Thant (1961 – 1971) aufbrechenden Unruhen überall auf der Welt enthüllten erneut die Schwäche der UNO. Die Möglichkeiten, für den Frieden zu wirken, bewegten sich auch bei diesem Generalsekretär in engen Grenzen.

Die Amtszeit des Ägypters Boutros Ghali (1991 – 1996) stand unter dem Zeichen der großen Weltveränderung, die das Ende des Ost-West-Konfliktes eingeleitet hatte.

So konnte die Menschheit hoffen, dass den Vereinten Nationen nun ein größeres Gewicht zufalle. Dafür standen die UNO-Friedensmissionen in Kambodscha, Somalia und Jugoslawien. Kofi Annan, seit 1997 Generalsekretär der Vereinten Nationen, begann seine UN-Laufbahn 1962 als Mitarbeiter der WHO in Genf. Nach einer Unterbrechung setzte er sie 1974 fort. Im Dezember 1996 wählte ihn die Vollversammlung der Vereinten Nationen zum Generalsekretär. Am 1. Januar 1997 trat er als Nachfolger von Boutros Ghali sein Amt an. Einer seiner ersten großen diplomatischen Erfolge war das Abkommen mit dem irakischen Staatschef Saddam Hussein über Rüstungsinspektionen im Irak. Sein Ziel war es, einen möglichen Militärschlag der USA gegen den Irak abzuwenden. Das Inspektionsabkommen wurde vom Sicherheitsrat einstimmig gebilligt und der Irak dringend davor gewarnt, die Übereinkunft zu sabotieren.

Gespräche im März 1998 mit dem amerikanischen Präsidenten Bill Clinton und Mitgliedern des US-Kongresses, um die Zahlung der ausstehenden UN-Beiträge der USA in Höhe von über 1,5 Milliarden US-Dollar blieben ohne Erfolg. Im Sommer 1998 beschloss die UNO auf Betreiben Annans mit großer Mehrheit, einen ständigen internationalen Strafgerichtshof, der Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ahnden soll, zu errichten. Die UN-Generalversammlung wählte Annan 2001 für eine zweite Amtszeit. Im Oktober 2001 erhielt er und mit ihm die UNO für ihre Verdienste um eine friedlichere Welt den Friedensnobelpreis.

Aufgaben

- 8.1** Dag Hammarskjöld vermisste in der UN-Charta Richtlinien für ein wirksameres Handeln des Generalsekretärs. Welche eigenen Wege suchte er, den Frieden in der Welt zu sichern. Wie endeten sie für ihn?
- 8.2** Worin bestehen Parallelen in der Situation der UNO und ihres Generalsekretärs zwischen 1956 (Dag Hammarskjöld) und 2006 (Kofi Annan)?

Lektion 9: Pulverfass Naher Osten

Im nicht endenden Nahostkonflikt spielt noch immer das palästinensische Flüchtlingsproblem von 1948 eine zentrale Rolle. Der palästinensische Historiker Salah Abd el Dschawad vertritt die These, es sei Ergebnis eines groß angelegten Vertreibungsplans der israelischen Führung. Dem widerspricht der israelische Historiker Benny Morris, der sich kritisch mit der Gründerzeit des Staates Israel auseinander gesetzt hatte. Im Folgenden einige seiner Argumente.

Das palästinensische Flüchtlingsproblem war ein Produkt des ersten arabisch-israelischen Krieges von 1948. Ohne Krieg hätte es wahrscheinlich nie palästinensische Flüchtlinge gegeben. Es waren die Araber, die diesen Krieg begannen. Es waren die arabisch-palästinensische Führung unter Haj Amin al Husseini und die Führung der arabischen Nachbarstaaten Palästinas, die die UN-Resolution vom 29. November 1947 zur Teilung ablehnten, die die Gründung zweier Staaten vorsah. Und es waren arabische Gewehrschützen, die die Feindseligkeiten am 30. November begannen, mit Hinterhalten gegen jüdische Busse östlich von Tel Aviv und Schüssen vom (arabischen) Jaffa ins (jüdische) Tel Aviv; es war auch palästinensischer Mob, der am 2. Dezember das Neue Handelszentrum in Jerusalem niederbrannte. Die politische Ablehnung der Teilungsresolution und diese bewaffneten Angriffe (...) lösten die Bürgerkriegsphase des Krieges von 1948 aus (...), in dessen Verlauf die arabisch-palästinensische Gesellschaft zerstört wurde. (...) Auf ähnliche Weise waren es die Araber – diesmal die arabischen Staaten –, die das zweite Stadium des Krieges von 1948 einleiteten, das vom 15. Mai 1948 bis zum Januar 1949 dauerte, indem sie den neuen Staat Israel angriffen. (...)

Die arabische und die jüdische Bevölkerung waren so gründlich durchgemischt und der arabische Widerwille gegen das ganze Projekt des Zionismus so stark, dass es keine Möglichkeit gab, einen stabilen jüdischen Staat zu schaffen in irgendeinem Teil Palästinas, in dem eine zahlenmäßig große (und feindselige) arabische Minderheit lebte. Sie hätte unweigerlich den neuen jüdischen Staat unterwandert, bis irgendwann allein eine hohe Geburtenrate der Araber die jüdische Mehrheit bedroht hätte. Wenn ein jüdischer Staat entstehen sollte, war die Trennung der feindlichen jüdischen und arabischen Bevölkerungsteile unvermeidlich.

Zweitens: In unmittelbarem Zusammenhang damit steht, dass im zionistischen Denken der Gedanke des „Umsiedelns“ – der Araber aus dem Gebiet, in dem der jüdische Staat entstehen sollte – immer mehr in den Mittelpunkt rückte, eine Maßnahme, in der man eine Teillösung des Palästinenserproblems sah. Mitte der dreißiger Jahre, nach dem gewaltigen Ausbruch antibritischer und antijüdischer Gewalt, der im April/Mai 1936 von den Arabern ausgelöst wurde (Araberrevolte), befürwortete der größte Teil der jüdischen Führung eine Lösung mit Umsiedlung, nach Möglichkeit auf freiwilliger Basis und gegen Entschädigung, aber auch zwangsweise, falls nötig, um die Gefahr in den Griff zu bekommen, die von einer voraussichtlich arabischen Minderheit in einem jüdischen Staat ausgehen würde. Ohne Zweifel begannen viele aus der zionistischen Führungsgruppe 1948 den Krieg mit dem Plan der Umsiedlung im Hinterkopf. Arabische Aggression und Gewalt hat diesen Gedanken dann allmählich in den Vordergrund gedrängt. Das heißt aber nicht, dass die zionistische Bewegung oder ihre Führung in Palästina je die Umsiedlung zum politisch strategischen Programm gemacht hätten oder dass diese Führung oder die Haganah, die jüdische Milizorganisation im Untergrund, je einen Generalplan zur Ver-

treibung entwickelten. Drittens: Die Palästinenser traten in den Krieg von 1948 beinahe in jeder Weise unvorbereitet ein. Ihre zerstrittene politische Führung war korrupt und inkompetent.

In seinem Artikel zieht Dschawad eine monokausale Erklärung vor – „... die Juden vertrieben die Palästinenser und schlachteten sie ab“. Aber die Lage 1948 war wesentlich komplexer. Um zu verstehen, was geschah, muss man die viereinhalb Phasen der arabischen Flucht separat betrachten. In der Anfangsphase dieses Exodus, (...) als die Palästinenser die militärische Initiative ergriffen hatten und die Juden strategisch in der Defensive waren, verließen etwa 75 000 Palästinenser ihre Heimat. Viele gehörten zur städtischen Mittel- und Oberschicht, sie kamen aus den freien Berufen, waren Lehrer, Geschäftsleute – und das war entscheidend – sie gehörten zur politischen Führung. (...) Die gebildete Elite war vor allem geflohen, um sich in Sicherheit zu bringen. Dadurch beraubten sie aber die Mehrheit der Palästinenser (...) (ihrer) Führung. (...) Viele Bewohner von Gebieten, in denen die jüdische Bevölkerung in der Mehrheit war, verließen ihre Heimat teilweise aus Angst vor einem (...) jüdischen Angriff und teilweise, um nicht als Kollaborateure angesehen zu werden.

(...) In dieser ersten Phase des Exodus verließen die Palästinenser ihre Häuser, Dörfer und Städte, damit ihnen kein Leid geschehen sollte: Ihnen wurde nicht befohlen zu gehen, noch wurden sie von den Juden vertrieben. (...)

Das war die Strategie, an die sich die Haganah in den ersten vier Kriegsmonaten hielt. In der ersten Aprilhälfte 1948 änderte sich das, vor allem als Ergebnis von Niederlagen gegen Ende März. Zu diesem Zeitpunkt schwenkte die Haganah auf Offensive um. Im April und in der ersten Maihälfte griff sie Teile des arabischen Territoriums entlang der Straße Tel Aviv-Jerusalem an, um den Kibuzz Mishmar Haemek herum, in West- und Ostgaliläa, die arabischen Städte Jaffa, Beisan und Akka sowie die arabischen Bezirke von Tiberias, Safad und Haifa (und Teile Jerusalems). Während dieser Angriffe und der israelischen Konterangriffe, die auf die Invasion Palästinas durch die arabischen Staaten am 15. Mai folgten, verließen noch einmal zwischen 250.000 und 300.000 Araber ihr Zuhause. Das war die stärkste Welle des Exodus. Der hauptsächliche und auslösende Faktor waren die militärischen Angriffe auf arabische Stadtgebiete und ländliche Bezirke sowie die Angst der Araber vor einem bevorstehenden Angriff. Aus diesem Grund ist das übliche Argument der Zionisten, die Araber seien „freiwillig“ geflohen, falsch: Die meisten der Stadtbewohner flohen unter Sperrfeuer aus Mörsern und Maschinengewehrbeschuss.

Welche Politik verfolgte der Jischuv* gegenüber der arabischen Bevölkerung in dieser Hauptphase des Exodus, von April bis Juni 1948? Zweifellos war die Mehrheit der Führung daran interessiert, sowenig Araber wie möglich im entstehenden jüdischen Staat zurückbleiben zu sehen.

(* die politische Führung)

FAZ, 29. Dezember 2001, S. 8

Aufgaben

9.1 Listen Sie die Argumente von Benny Morris auf.

9.2 Welche zwei Ereignisse stellten im langwierigen israelisch-palästinensischen Friedensprozess die unheilbaren Brüche dar?

Lektion 10:

Wandlungen des Krieges – Vom Krieg der Nationen zu terroristischer Gewalt

Die zwei Phasen der 68er Revolte – und die Rückschau darauf, von Prof. Dr. Elisabeth Noelle-Neumann:

Lord Dahrendorf hat offenbar als erster einen entscheidenden Beitrag geleistet zu dem, was man heute (...) als die „Historisierung der 68er“ bezeichnen könnte. In Wirklichkeit, sagt Dahrendorf, (...) gab es nicht eine Zeit der 68er, es waren zwei Phasen. Die gewaltfreie Vorphase (...), die zweite war dann die Phase des gewalttätigen Terrorismus. Wohin gehörte Joschka Fischer?

Die 68er Bewegung hat eine lange Entstehungsgeschichte. Sie setzte 1950 mit der Rückkehr Theodor Adornos nach Frankfurt an das Institut für Sozialforschung ein. (...) Dann verlagerte sich das Geschehen mehr und mehr an die Freie Universität Berlin. (...) Der Aufbau der 68er Bewegung lag vor allem bei Adorno, maßgeblich unterstützt von dem späteren hessischen Kultusminister Ludwig von Friedeburg.

Mit einem Paukenschlag, dem Kaufhausbrand, von Andreas Baader und Gudrun Ensslin entfacht, setzte die terroristische Phase am 3. April 1968 ein. 1970 befreite dann Ulrike Meinhof Andreas Baader gewaltsam aus dem Gefängnis und gründete mit ihm eine terroristische Gruppe, die spätere Rote Armee Fraktion (RAF). Einen Höhepunkt bildete dann der Prozess gegen Holger Meins. Dieser trat in einen Hungerstreik und starb am 9. November 1974.

Nun erst breiteten sich Furcht und Schrecken aus. In schauriger Steigerung setzte die Serie der Morde ein. Als erster wurde Günther von Drenkmann ermordet, am 10. November 1974. Am 27. Februar 1975 wurde Peter Lorenz entführt. Es war die einzige Entführung, die mit einer gelungenen Erpressung endete. Lorenz kam am 5. März 1975 frei. Am 7. April 1977 wurde Siegfried Buback ermordet, am 30. Juni 1977 Jürgen Ponto, am 18./19. Oktober 1977 Hanns-Martin Schleyer. (...)

Ein bekanntes Mitglied der gewalttätigen Szene war Joschka Fischer nicht. (...) 1978, weitgehend am Ende der deutschen Terroristenzeit, schrieb Fischer in der Zeitschrift „Pflasterstrand“ zur Ermordung von Siegfried Buback, Jürgen Ponto und Hanns-Martin Schleyer: „Bei den drei hohen Herren mag mir keine rechte Trauer aufkommen. Das sag ich ganz offen, für mich.“

(...) Die 68er versteht man am besten als „Sturm und Drang“. Man kann sie sich als eine Art Jugendbewegung vorstellen.

Straßenbahnschienen wurden damals friedlich blockiert, Häuser besetzt, Wohngemeinschaften gebildet, der Kommunarde Rainer Langhans mit seiner unvergesslichen Struwelpeter-Frisur amüsierte die ganze Szene. Gewalt gab es in der Phase der 68er nur gegen Sachen, nicht gegen Personen. (...) Die Mehrheit der Bevölkerung missbilligte den Terrorismus; aber eine sendungsbewusste Minderheit kämpfte für die ihrer Meinung nach gute Sache, sie kämpfte gegen den Vietnamkrieg der Vereinigten Staaten, sie kämpfte gegen die Polizei in der Bundesrepublik. Sie kämpfte in einem Meinungsklima, das man sich heute nicht mehr vorstellen kann.

FAZ, 14. März 2001, S. 5

Aufgaben

- 10.1** Wird die hier vorliegende Darstellung der Wirklichkeit gerecht, indem sie pauschalisierend und undifferenziert zwischen „Gewalt gegen Sachen“ und „Gewalt gegen Personen“ unterscheidet?

- 10.2** Informieren Sie sich darüber, wie es täglich in Schulen und Hochschulen zugeht, was bei den „Anti-Springer-Kampagnen“ geschah und welche Verunsicherung durch Hausbesetzungen und Kaufhausattentate die Öffentlichkeit belastete.

während des folgenden Jahrzehnts als Marschroute für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen dienen sollte. (...) Da die Sowjetunion als einzige dazu fähig gewesen wäre, Asien zu unterwerfen, entstand auf diesem Wege ein stillschweigendes Bündnis, dem sowjetischen Expansionsdrang in Asien entgegenzutreten.

Henry A. Kissinger: Die Vernunft der Nationen – über das Wesen der Außenpolitik, Berlin 1994, S.803f.

Aufgabe

- 11.1** Beantworten Sie aus Ihrer Kenntnis des West-Ost-Verhältnisses nach 1945 die Frage, wie die hier referierte überraschende Wendung des Zusammenschlusses des kapitalistischen Amerika mit dem kommunistischen China zur Friedenssicherung in Ostasien beitrug.

Lektion 12: Human Security – Globalisierung von Sicherheit

Aus Internationalen Zeitschriften im Sommer 2005:

Human Security ist der jüngste moderner Zeitbegriffe. (...) Er hat dann rasch Karriere gemacht. Das ist vor allem der liberalen Regierung Kanadas zu verdanken, deren Außenminister (...) Human Security unter den ungläubigen Augen vieler Beobachter zu einem Schlüsselkonzept für die kanadische Außenpolitik machte. Eine Reihe von Staaten, auch einige aus Europa, hat dies aufgegriffen und 1999 ein Human Security Network gegründet. Für die Vereinten Nationen ist Human Security mittlerweile ein zentrales Konzept. Auch Japan hat sich hier hervorgetan. (...) Von alledem hat man in Deutschland nicht viel mitbekommen, weil die deutschen Außenpolitiker trotz starker Betonung ihrer Verbundenheit mit den Vereinten Nationen dafür wenig übrig haben. (...) Dabei täten sie gut daran, sich beim Ausbrüten dieses alternativen Sicherheitskonzepts mit eigenen Beiträgen zu beteiligen. Alternativ ist dieses Sicherheitskonzept vor allem aus zwei Gründen. Es konzentriert sich nicht auf die (...) Sicherheit von Staaten, sondern auf die von Individuen und Gruppen. (...) Und es ist breiter (...) angelegt, weil es die vielen Quellen für die Bedrohung von Sicherheit mitberücksichtigt. (...) Weil die Souveränität von Staaten heute immer weiter durchlöchert wird, kann ein angemessenes Sicherheitskonzept für die Bürger nicht allein auf den Staat ausgerichtet sein. Gerd Oberleitner von der Universität Graz plädiert für Human Security als „Brückenprojekt“ der häufig als unverbunden wahrgenommenen Politikbereiche: Menschenrechte, Armut, Entwicklungshilfe, humanitäres Völkerrecht, internationale Gewalt- und Terrorismusbekämpfung.

Aufgabe

- 12.1** Was heißt Human Security? Was erfahren wir hier über Ausdehnung und Wirkungsweise des Projekts?

Lektion 13: Ökologisches Verständnis

Aus *Das ist Ökologie* von Hansjörg Küster (München 2005) hier eine Zusammenfassung:

Erkenntnisse über Fehlleistungen der Ökologie

Der Autor hinterfragt die Gültigkeit des heutigen Begriffes von Ökologie, der sich weit von Ernst Haeckels 1866 gegebener Definition entfernt habe. Was ist nach Küster Ökologie?

Nicht wie oft angenommen, Anleitung zum Naturschutz, sondern wissenschaftliche Ursachenforschung der Veränderungen von Naturabläufen. Das Ideal des Menschen war es, beständige Umweltverhältnisse und eine gesicherte Ernährungsbasis zu schaffen. Das war schon immer das Streben der Menschen, verwirklicht in Jagd, landwirtschaftlich und handwerklicher oder industrieller Produktion. Mit dieser Zielsetzung wird Ökologie verfehlt. In der Ökologie geht es um die komplexen Beziehungen zwischen den Lebewesen untereinander und zu ihrer Umwelt, um Stoffwechselprozesse und Nahrungsketten, um Konkurrenz und Selektion. Objekt wissenschaftlicher Arbeit ist die Natur selbst. Darum steht der Autor mathematischen Modellen und Simulationen von Entwicklungsprozessen sehr skeptisch gegenüber, da sie nur Mögliches, nicht Notwendiges prognostizieren können, und ihre Datenbasis angesichts der unendlichen Variationsbreite von Naturentwicklungen und eruptiven Umbrüchen sich als sehr schmal und vorläufig erweist. „Die Ökologie hat ihre Basis in der Biologie“, so Küster, „nicht in einem Rechenprozess, der die Lebewesen schon geklont hat, bevor dies in der Realität geschehen ist.“

Naturschutz als Bewahrung verfehlt die ökologische Aufgabenstellung. Man soll die Natur einfach in Ruhe lassen mit dem Ergebnis, dass die Ökosysteme nicht bleiben wie sie sind, dass Lichtungen und Heidelandschaften zuwachsen und Seen versanden.

„Die gängige Ökologie ist Planwirtschaft“, heißt es im Buch mit Blick auf das Kyoto-Protokoll. In einer feindlichen Gegenüberstellung von Natur und Industrie sieht der Autor ein Missverständnis und betont, dass alle Zeiten ihre Umweltprobleme hatten, auch das alte Rom kannte sie.

Aufgabe

- 13.1** Die Geschichte des Verhältnisses Mensch-Natur ist die älteste der Menschheit. In jüngerer Zeit hat sich dabei das Paradoxe ergeben, dass mit der Zunahme der Informationen über die Natur sich die Sehweise verengte. Wie sieht der Autor die Aufgabe einer der Natur gerecht werdenden Beschäftigung mit Ökologie?